

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN. MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 9. Dezember 1966

Blatt 3652

Überreichung des Kinder- und Jugendbuchpreises 1966

=====

9. Dezember (RK) Am Donnerstag, dem 15. Dezember, um 11 Uhr, überreicht Bürgermeister Bruno Marek im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1966. Im Rahmen dieser Feier spricht auch Kulturstadtrat Gertrude Sandner, Schauspieler Harry Fuss liest aus den preisgekrönten Werken.

Der "Jugendbuchpreis der Stadt Wien" wurde heuer Kurt Benesch zuerkannt, den "Kinderbuchpreis der Stadt Wien" erhielt Friedl Hofbauer, den "Illustrationspreis" Wilfried Zeller-Zellenberg. Weiteren zwölf Autoren wurde eine "ehrende Anerkennung" ausgesprochen.

+

Goldene Ehrenmedaillen für Benedikt, Pauser, Siegl, Tesarek

=====

9. Dezember (RK) Am Freitag, dem 16. Dezember, um 11 Uhr, überreicht Bürgermeister Bruno Marek im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die vom Wiener Gemeinderat verliehenen Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold an emerit. Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt, akad. Maler o. Hochschulprofessor Sergius Pauser, o. Hochschulprofessor Otto Siegl und Senatsrat i.R. Professor Anton Tesarek.

Gehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu diesen beiden Überreichungsfeiern zu entsenden. Zugang jeweils 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I. Bei der Überreichung der Ehrenmedaillen wird gebeten, die Plätze bis 10.50 Uhr einzunehmen.

- - -

Pflegepuppen für Wiener Kinder
=====

9. Dezember (RK) Am Donnerstag, dem 15. Dezember, um 15 Uhr, wird Stadtrat Maria Jacobi im Wappensaal des Wiener Rathauses Pflegekindern der Stadt Wien Pflegepuppen überreichen, die von den Kindern "adoptiert" werden würden, wenn sie sie ein Jahr lang gut hegen und pflegen.

Am Freitag, dem 16. Dezember, um 15 Uhr, werden im Stadtpark-Kindergarten Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien gleichfalls von Stadtrat Maria Jacobi Puppenkinder überreicht bekommen.

Eisrevue-Sondervorstellung für Wiens Dauerbefürsorgte

Am Freitag, dem 23. Dezember, um 15 Uhr, findet in der Wiener Stadthalle eine Sondervorstellung der Wiener Eisrevue für die Dauerbefürsorgten Wiens statt.

Weihnachtsfeier für Baumgartner Altersheimpfleglinge

Am Mittwoch, dem 21. Dezember, um 16 Uhr, findet im St. Rochusheim 14, Cumberlandstraße 53, eine Weihnachtsfeier für die Pfleglinge des Altersheimes Baumgarten und des St. Rochusheimes statt, bei der viele bekannte Wiener Künstler auftreten.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen vier Veranstaltungen Reporter und Berichterstatter zu entsenden.

- - -

Gemeinderat der Stadt Wien

Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967,
zur Gebührenüberprüfung
und zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1967

9. Dezember (RK)

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	<u>zum Wort gemeldet</u>			
		KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Fr.9.12.	II. und General- debatte	Lauscher	Dr.Schmidt	Dipl.Ing. DDr.Strunz	Dr.Stemmer
Bock Sa.10.12.	I.	Maller	Dr.Hirnschall	Hahn	Kostelecky
Gertrude Sandner Mo.12.12.	III.	Lauscher	Peter	Dr.Winter	Ascherl
Maria Jacobi Di.13.12.	IV.	Lauscher	Dr.Hirnschall	Lehner	Maria Hlawka
Dr.Glück Mi.14.12.	V.	Maller	Dr.Hirnschall	Kowarsch	Busta
Heller Do.15.12.	VI.	Lauscher	Dr.Schmidt	Dr.Macher	Ing.Hofmann
VBgm. Dr.Drimmel Fr.16.12.	VII.	Lauscher	Dr.Schmidt	Neusser	Josef Fischer
Pfoch Sa.17.12.	VIII.	Maller	Peter	Dipl.Ing. Blaschka	Stockinger

9. Dezember 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 3655

Glaserer Mo.19.12.	IX.	Maller	Dr.Schmidt	Dkfm. Dr.Ebert	Julius Fischer
Dkfm.DDr. Prutscher Di.20.12.	X.	Lauscher	Peter	Dr.Weninger	Jodlbauer
Sigmund Mi.21.12.	XI.	Maller	Dr.Hirnschall	Bittner	Maria Hirschler
Dkfm.Dr. Stadt- Maria werke Schaumayer Do.22.12.		Maller	Peter	Dr.Krasser	Deutsch

Sitzung des Wiener Gemeinderates
 =====

Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

9. Dezember (RK) Heute Vormittag begannen im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967.

Wahl der Schriftführer und in die Personalkommission

Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Bruno Marek wurden zunächst die Schriftführer und die Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission neu gewählt. Die Schriftführer, die bisher jährlich neu gewählt wurden, werden nach der abgeänderten Geschäftsordnung für die Funktionsdauer des Gemeinderates nominiert. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei wurden die bisherigen Schriftführer, und zwar die Gemeinderäte Graczoll, Maria Hirschler, Herbert Mayr, Leopoldine Schlinger, Srp und Margarete Tischler (SPÖ) und die Gemeinderäte Dr. Krasser, Lehner und Neusser (ÖVP) für die restliche Funktionsperiode wiedergewählt.

Auch die Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission, die alle zwei Jahre gewählt wird, wurden in ihrer Funktion bestätigt. Es sind dies die Gemeinderäte Graczoll, Gratzl, Kostelecky, Müller, Peska, Rösner, Sestöck und Wiesinger (SPÖ) sowie die Gemeinderäte Dr. Bauer, Hahn, Elenonora Hiltl und Dr. Marga Hubinek (ÖVP).

Vizebürgermeister Slavik referiert zehnten Voranschlag als Finanzreferent

Die Budgetberatungen wurden durch den Bericht des städtischen Finanzreferenten, Vizebürgermeister Felix Slavik, eingeleitet. Er verwies zunächst darauf, daß er heuer zum zehnten Mal als Finanzreferent das Budget der Stadt Wien referiert.

Wie jedes Jahr war der Voranschlags-Entwurf zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Zwanzig Männer und acht Frauen haben von ihrem Einschaurecht Gebrauch gemacht und sogenannte Erinnerungen zu den verschiedensten kommunalen Problemen abgegeben. Das Erfreulichste daran ist, daß ein großer Teil der darin geäußerten Wünsche bereits erfüllt wurde, manche sogar schon vor längerer Zeit.

Dies ist ein Zeichen dafür, daß nicht alle Wienerinnen und Wiener über die Tätigkeit der Stadtverwaltung ausreichend informiert sind. Bei den Erinnerungen, betreffend die Finanzverwaltung, wurde beispielsweise ein zinsenloses Darlehen für junge Ehepaare gefordert, das der Wiener Gemeinderat schon im Vorjahr beschlossen hat. Zwei Erinnerungen beschäftigen sich mit der Theater- und Filmkrise, dem Programm der Wiener Festwochen, der Sportförderung, dem Schul- und Sportplatzbau, dem Umbau einer leerstehenden Feuerwache in ein Volksheim und einer Broschüre zur antifaschistischen Erziehung. Sieben Erinnerungen zum Wohlfahrtswesen betrafen neue Kindergärten, Pensionistenheime und den Kindergartenbeitrag. Die sechs Erinnerungen, betreffend das Gesundheitswesen beschäftigen sich mit Spitalsproblemen. Zur Geschäftsgruppe Bauwesen wurden elf Wünsche nach Straßen- und Gehsteigerstellungen, Senkung der Baukosten, verstärktem Wohnbau, Umwidmung von Siedlungsflächen, Spielplätzen und Parkanlagen angemeldet. Die Verwaltungsgruppe VII betrafen zwölf Erinnerungen über Verkehrsprobleme, Friedhöfe, Straßenbeleuchtung und ein Baugebrechen in einem Privathaus. Zu den öffentlichen Einrichtungen wurden acht Wünsche bezüglich Bäderrenovierung, Ausbaggerung der Eßlinger Furt, Errichtung einer Sauna, Aufstellung von Papierkörben, Pumpwerke für das Kanalsystem, die Betriebszeit der Kinderfreibäder und den Wiederaufbau des Dianabades geäußert. An den Plänen für das Dianabad wird bekanntlich bereits gearbeitet. Zwei Erinnerungen betrafen Wirtschaftsangelegenheiten und forderten eine verschärfte Lebensmittelkontrolle beziehungsweise eine Neuregelung der Preisgestaltung auf den Märkten. Zwei Willensäußerungen, betreffend eine Fragestunde im Gemeinderat und die Aufhebung der Immunität eines Gemeinderates fielen in den Kompetenzbereich der Verwaltungsgruppe XI. Zehn Erinnerungen wenden sich an die Städtischen Unternehmungen und beschäftigen sich mit Baulichkeiten der Verkehrsbetriebe, Straßenbahn- und Autobuslinien, Anschluß von Siedlungen an das Stromnetz und Forcierung des U-Bahn-Projektes. Vier Erinnerungen betrafen reine Bundesangelegenheiten, wie den Schnellbahn- oder den Mittelschulbau.

Der Gemeinderat wird sich mit all diesen Wünschen und Anregungen der Bevölkerung ernsthaft auseinandersetzen. Die abgegebenen Erinnerungen werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen werden.

Erhöhung der Investitionen durch Einsparung bei Verwaltung

Zum Voranschlag für 1967 ist zu sagen, daß die Schwerpunktverlagerungen, die in den vergangenen zehn Jahren entsprechend dem Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur eingetreten sind, auch im Budget der Stadt Wien zum Ausdruck kommen.

Der Budgetrahmen erfuhr seit dem Voranschlag 1958 eine Steigerung um durchschnittlich 115,4 Prozent. Bei den Investitionen ist sogar eine Zunahme um 119,2 Prozent zu verzeichnen. Die Mittel für diese Investitionen konnten nur durch beträchtliche Einsparungen in der Verwaltung mit Hilfe von Rationalisierungsmaßnahmen erzielt werden.

Die stärkste Steigerung gegenüber dem vor 10 Jahren beschlossenen Budget zeigen die Aufwendungen für die Krankenanstalten, die durchschnittlich 533 Prozent der damaligen Ansätze aufweisen. Beim Allgemeinen Krankenhaus ist eine Erhöhung um 507,8 Prozent festzustellen.

Diese Aufwendungen für die Krankenanstalten sind durch die erfreuliche Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung durch Medizin, Sozialpolitik und den höheren Lebensstandard notwendig geworden.

Als besonders erfreulich bezeichnet der Berichterstatter die Steigerung im Schulbau um 307,3 Prozent, wobei die Auswirkungen des neunten Schuljahres und der notwendige Schulbau bei den großen Wohnhausanlagen am Stadtrand berücksichtigt wird. Ebenso erfreulich ist die Steigerung beim Bau von Kindertagesheimen um 171,7 Prozent. Diese Erhöhung spiegelt vor allem die steigende Geburtenrate und die Vollbeschäftigung wider. Die Steigerung bei den Wasserwerken um 186,9 Prozent zeigt das ständige Bemühen der Stadtverwaltung, die Wasserversorgung auch weiterhin vor allem in Notzeiten sicherzustellen. Als wesentliche Schritte zur Deckung des Wasserbedarfs bezeichnet der Berichterstatter den bereits fertiggestellten Bau des Wasserwerkes Lobau, die Fassung der "Sieben Quellen" und die Errichtung der 3. Wiener Wasserleitung.

Der Voranschlag 1967 sieht wieder auf verschiedenen Gebieten große Investitionen vor. So sollen unter anderem folgende Investitionsmittel bereitgestellt werden: für Schulbauten 105 Millionen Schilling, für den Bau von Kindertagesheimen 27 Millionen

Schilling, für Spitalsbauten (einschließlich Allgemeines Krankenhaus und Wärmeversorgungsanlage) 300 Millionen Schilling, für die Wasserwerke 96 Millionen Schilling, für den Straßen- und Brückenbau 242 Millionen Schilling.

Für den kommunalen Wohnbau sind mehr als eine Milliarde Schilling, genau 1.060,000.000 Schilling, vorgesehen. Damit wird der Bau von 5.200 kommunalen Wohnungen finanziert werden. Die Lösung der Probleme im Wohnungsbau wird sich natürlich auf viele Jahre erstrecken, denn es geht noch immer darum, die Sünden der Jahre um die Jahrhundertwende wieder gut zu machen. Bis 1914 entstanden in Wien rund 400.000 Kleinst- und Kleinwohnungen (die sogenannten Zimmer- Küchewohnungen oder Bassenawohnungen). Der Erfolg in den späteren Jahren zeigt sich darin, daß diese Zahl bis heute auf 215.000 gesunken ist. Aber diese 215.000 Bassenawohnungen gibt es noch immer, und wir werden uns nicht eher zufrieden geben, bis auch die letzte dieser Wohnungen durch eine neue ersetzt ist.

Bei der Erstellung des Voranschlages 1967 gab es einige große Schwierigkeiten, die es bisher zum Teil noch niemals gegeben hat. Dazu ist zunächst zu sagen, daß, wie immer, auch heuer wieder eine Reihe von Wünschen übermittelt wurde, deren Erfüllung nicht möglich gewesen wäre. Nach diesen Wünschen der Dienststellen wären nämlich Ausgaben von insgesamt 11.238,403.900 Schilling notwendig gewesen, denen Einnahmen von nur 9.276,982.900 Schilling gegenübergestanden wären. Der Abgang hätte also fast zwei Milliarden Schilling betragen. Einen solchen Voranschlag hätte man weder dem Gemeinderat vorlegen noch der Bevölkerung zumuten können. Daher waren Korrekturen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite notwendig.

Der Berichterstatter schildert sodann die schwierige und langwierige Erstellung eines Voranschlages im allgemeinen. Diese Arbeiten verliefen diesmal sowohl auf Beamtenebene als auch auf Stadtrats-ebene verhältnismäßig gut, und man war bemüht, eine möglichst gerechte Aufteilung zu erreichen und die Erfüllung der dringendsten Aufgaben sicherzustellen.

Ein großer Unsicherheitsfaktor bei der Erstellung des Voranschlages waren jedoch die zur Zeit der Verhandlungen noch schwer abschätzbaren Erträge aus dem neuen Finanzausgleich. Beim ursprünglichen Entwurf mußten daher zunächst Mindereinnahmen in Höhe von 125 Millionen Schilling in Rechnung gestellt werden. Nun, nach dem günstigen Abschluß der Verhandlungen über den Finanzausgleich, der durch das einheitliche Auftreten aller Bundesländer, des Städtebundes und des Gemeindebundes erreicht werden konnte, ergibt sich ein wesentlich anderes Bild des Voranschlages 1967.

Der neue Finanzausgleich ist für die Jahre 1967 bis 1972, also für sechs Jahre, gültig. Für Wien kann für diesen Zeitraum mit Mehreinnahmen von 415 Millionen Schilling gerechnet werden, das ergibt einen jährlichen Durchschnitt von 70 Millionen Schilling. Diese Mehreinnahmen von 70 Millionen werden allerdings im ersten Jahr, also 1967, noch nicht wirksam werden. Für dieses Jahr rechnet man mit 27 Millionen Schilling Mehreinnahmen. Die weiteren Steigerungen bis 1972 aber lassen eine günstige Ausgangsbasis für den nächsten Finanzausgleich erwarten.

Der zweite Unsicherheitsfaktor war die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1966. Während die ersten Monate dieses Jahres Anlaß zum Optimismus gaben, da sich die Wirtschaft günstig entwickelte und es hohe Steigerungsraten gab, trat in den Sommermonaten eine starke Verflachung der Aufwärtsentwicklung ein, so daß für das ganze Jahr mit einer Zuwachsrate von maximal vier Prozent gerechnet werden kann. Dies zeigt, wie sehr sich die wirtschaftliche Situation in kurzer Zeit verändern kann. Dazu kommen aber noch gesetzliche Maßnahmen, die im Parlament beschlossen wurden, deren Auswirkungen schwer abzuschätzen sind. Die Wachstumsgesetze werden sich auf die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer auswirken. Hier wiederum muß der im Finanzausgleich beschlossene Tausch: 10 Prozent der Gewerbesteuer gegen 5 Prozent Warenumsatzsteuer in Rechnung gestellt werden.

Abschätzungen vorzunehmen, ist also sehr schwierig gewesen. Es wurden deshalb viele Diskussionen mit den Fachbeamten durchgeführt, auch über die Ertragsanteile sind die Meinungen stark auseinanderggegangen. Erst als die Ergebnisse des Jahres 1966

festlagen, konnte man es wagen, von 3.4 Milliarden auf 3.720,000.000 Schilling hinaufzugehen. So waren wir dann auch in der Lage, in der letzten Phase die Schwierigkeiten auf dem Investitionssektor zu beheben.

Spitaldefizit mehr als eine Milliarde

Im Lauf des Jahres kam auch eine Verordnung des Finanzministeriums wie aus heiterem Himmel, durch die die Selbstträgerschaft für unsere Anstalten aufgehoben wurde. Die Mehrbelastung allein für die Wiener Spitäler macht dadurch 27 Millionen aus. Unser Abgang liegt aber bereits, Sie werden das bei der Geschäftsgruppe V hören, über einer Milliarde Schilling.

Es kommt noch etwas dazu: Derzeit sind Verhandlungen im Gange, weil das Finanzministerium für die Gebietskörperschaften an sich die Selbstträgerschaft aufheben will. Die Länder und Gemeinden schätzen diese Mehrbelastung auf 250 Millionen Schilling; das wird allerdings vom Finanzministerium bestritten. Derzeit sind Berechnungen im Gange, welche Belastungen tatsächlich entstehen.

Umgekehrt war auch, wie die Wohnbauförderungsmittel 1954 aufgeteilt werden sollen. Bei der Budgeterstellung soll die letzte Regelung leider nicht mehr berücksichtigt werden. Der Finanzreferent schildert im folgenden die Entstehungsgeschichte dieses Problems. Auf Grund der Volkszählung 1951 entfielen auf Wien 27,33 Prozent. Nach der Volkszählung 1961 wären es 17,9 Prozent gewesen. Man versuchte daher, zu einer Vereinbarung zu kommen, die für Wien 24,5 Prozent vorsah. Dieser Erlaß des Sozialministeriums wurde nun beim Verfassungsgerichtshof angefochten und mußte aufgehoben werden. Gleichzeitig wurde die Bundesregierung vom Verfassungsgerichtshof aufgefordert, noch heuer eine neue Verordnung herauszugeben. Bei der Prüfung der Rechtslage sind wir zu der Auffassung gekommen, daß es überhaupt keinen Erlaß geben kann, der dem Gesetz entspricht, weil die Berechnungsgrundlagen verändert wurden. Die Grundlagen der Volkszählung 1951 und 1961 sind nämlich verschieden gewesen. Nun wurden neuerlich Beratungen durchgeführt, und die Bundesländer haben sich verpflichtet, einen neuen Schlüssel anzuerkennen. Außerdem wird der Schlüssel nicht in Form eines Erlasses, sondern durch Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 verankert.

Nach diesem neuen Schlüssel soll nun Wien 21,1 Prozent erhalten. Das bedeutet zwar eine Verbesserung gegenüber den 17,9 Prozent, aber eine Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen Schlüssel. Wir sind jedoch der Meinung, wir brauchen ein Jahr Ruhe. Dieser Schlüssel wurde auch nur für ein Jahr festgesetzt. In der Zwischenzeit sollen Versuche unternommen werden, die Aufteilung aller Wohnbauförderungsmittel einheitlich zu regeln. Die beste Lösung, meint Slavik, wäre es, wenn alle Länder halbwegs zufriedengestellt oder gleichmäßig unzufrieden sein werden. Um dem Gemeinderat einen Begriff von der Bedeutung dieses Problems zu geben: es geht dabei um einen Betrag, der mehr als drei Milliarden Schilling ausmacht. Er dürfe auch eines klarstellen. Es klingt logisch, die Mittel nach der Kopffzahl aufzuteilen, dann entfielen auf Wien 23 Prozent. Das wäre jedoch nicht gerecht, vielmehr muß der wirkliche Wohnungsbedarf berücksichtigt werden, es muß berücksichtigt werden, welche Wohnungen entsprechen noch den heutigen Anforderungen und es muß auch berücksichtigt werden, wie die Steuern aufgebracht werden, die zur Speisung dieser Fonds dienen. Da bringen wir in Wien nämlich nicht 23 Prozent sondern das Doppelte auf. Es muß also auch das Steueraufkommen berücksichtigt werden. Die Beanteten sollen nun bis Jänner Vorarbeiten leisten, und am 3. Februar werden die Landeshauptleute zusammentreten, um sich mit der Aufteilung zu beschäftigen.

Ein anderes Problem stellt die Bezugsregelung für die öffentlichen Bediensteten dar. Heute abend finden im Bundeskanzleramt bereits die nächsten Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes statt.

Auch die Auswirkungen des Neunten Schuljahres muß man berücksichtigen. Wir wußten nicht, wie wird es auf dem Schulbausektor aussehen, wie bei den Lehrern?

Wir haben bis zu dieser Stunde auch noch nicht mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger über das Problem der Verpflegskosten abschließen können. Derzeit sind die Angebote des Hauptverbandes unannehmbar. Er behauptet wiederum, daß unsere Vorschläge nicht akzeptabel sind. Wenn wirklich keine Vereinbarung zustande kommt, müßten wir wieder das Schiedsgericht anrufen.

Wir hoffen aber, daß wir doch noch zu einer Vereinbarung kommen. Am 14. Dezember werden die Verhandlungen fortgesetzt.

In dieser Zeit der Unsicherheit bei der Budgeterstellung haben wir also den Dienststellen sagen müssen: Seid vorsichtig bei der Budgetierung! Wir haben in den Sommermonaten allen Magistratsabteilungen mitgeteilt, daß die Investitionen um 40 Prozent gekürzt werden müssen. Wir haben damals allerdings gesagt, daß der Wohnungsbau und alles was damit zusammenhängt von dieser Kürzung ausgenommen ist. Man hat damals sofort in den Zeitungen berechnet, was die Investitionskürzungen ausmachen und ist auf eine Milliarde Schilling gekommen. Aber die Rechnung hat nicht gestimmt. Eine Milliarde Schilling war ja für den Wohnungsbau vorgesehen, blieb also nur mehr eine Milliarde übrig und die Kürzung hätte nur mehr 400 Millionen betragen. Es hat viele Schlagzeilen gegeben, aber mit Schlagzeilen kann man kein Budget erstellen. Es scheint leider modern geworden zu sein, die Bevölkerung mit Schlagzeilen zu schockieren.

Daß nicht alle Wünsche der einzelnen Dienststellen erfüllt werden konnten, sieht man aus folgenden Zahlen. Die vorgetragenen Wünsche hätten insgesamt 11.238 Millionen Schilling erfordert. Es gelang, sie auf 10.616 Millionen zu reduzieren. Diesen Ausgaben von 10.616,601.400 Schilling stehen nun Einnahmen von 10.213,767.300 Schilling gegenüber. Daraus errechnet sich ein Abgang von 402,834.100 Schilling, der aus der Allgemeinen Rücklage zu bedecken wäre, soweit er nicht durch Mehreinnahmen oder Einsparungen ausgeglichen werden kann. Die Finanzverwaltung hat aus dieser finanziellen Situation heraus bereits Anträge gearbeitet und den Interessenvertretungen übermittelt, und zwar die Feuerwehr-, Kanaleinmündungs- und Wassergebühren betreffend. Würde der Gemeinderat diesen Anträgen der Finanzverwaltung die Zustimmung geben, würde sich das Manko vermindern und der Abgang in der gleichen Höhe wie im Jahre 1966 liegen.

Zur Klarstellung des Grundsteuerproblems: Der Rechnungsabschluß hat im Jahr 1965 bei der Grundsteuer eine Gebühr von 307 Millionen Schilling ausgewiesen. Man muß jedoch unterscheiden, daß dieser Betrag zwar zur Gebühr gestellt war, jedoch nicht vereinnahmt wurde, was ja auch gar nicht zu erwarten war.

Die diesbezüglichen Ansätze für 1967 belaufen sich auf 220 Millionen Schilling. Es sind jetzt annähernd alle Bescheide ausgestellt. Es hat sich nun gezeigt, daß 72.597 Grundsteuerpflichtige auf Grund der Hauptfeststellung eine Erhöhung hinnehmen müssen. Diesen stehen jedoch 45.391 Steuerpflichtige gegenüber, die auf Grund dieser Hauptfeststellung eine Ermäßigung bekommen haben. Es hat sich also als richtig erwiesen, daß man diese Berechnungen vorgenommen hat. Es geht schließlich nicht an, um dem einen eine Erhöhung zu ersparen, dem anderen eine Ermäßigung zu verweigern. Bei den rund 72.500 Steuerpflichtigen, die eine Erhöhung erführen, hat man zum Teil Ermäßigungen gewährt, zum anderen Teil Ratenzahlungen bewilligt. Es wurde also auch dieses Problem rechtlich und sozial gelöst. Die nächste Hauptfeststellung müßte im Jahr 1968 erfolgen. Es ist zu hoffen, daß die Finanzämter diesmal die Bescheide nicht erst nach zwei bis zweieinhalb Jahren ausstellen und daß sich der Bundesgesetzgeber rechtzeitig über die nächste Hauptfeststellung klar wird.

Zu den Einnahmen: Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sollen 3.720 Millionen Schilling erbringen. Bei den Landes- und Gemeindeabgaben rechnet man mit 1.826,450.100 Schilling. Hier müssen wir berücksichtigen, daß bei der Gewerbesteuer eine Änderung in der Verteilung zwischen Bund und Gemeinden eingetreten ist, und zwar von 60:40 auf 50:50. Bei den Gebühren und sonstigen Einnahmen rechnet man mit 4.163,317.200 Schilling, sodaß sich die Gesamteinnahmen auf 9.709,767.300 Schilling belaufen. Dazu kommen noch weiterzugebende Darlehen und Anleihen. Hier sind 500 Millionen für die Stadtwerke und 4 Millionen für das Industriegebiet über die Kommunalkredit-AG. vorgesehen. Daraus ergeben sich Gesamteinnahmen von 10.213,767.300 Schilling.

Bei den Ausgaben sind vorgesehen: für den Personalaufwand 3.023,528.500 Schilling, das sind 29,9 Prozent der Gesamtausgaben, wenn wir die Darlehen außer Acht lassen. Für den laufenden Sachaufwand werden 3.818,376.100 Schilling veranschlagt, das sind 37,8 Prozent der Gesamtausgaben und damit um 1,8 Prozent mehr als im Jahr vorher.

Bei den Investitionen haben wir Ausgaben von 2.610,196.800 Schilling (25,8 Prozent), gegenüber dem Voranschlag des vorhergehenden Jahres ein Minus von 1,4 Prozent. Bei den Darlehen sind Ausgaben von 660,500.000 Schilling vorgesehen. Wir haben daher bereinigte Ausgaben von insgesamt 10.112,601.400 Schilling, wozu noch 504 Millinnen zur Weitergabe als Darlehen und Anleihen gedacht sind. Die Gesamtausgaben betragen daher 10.616,601.400 Schilling.

Die Steigerung beim laufenden Sachaufwand ist einerseits auf die ständig wachsende Zahl der verschiedensten Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesheimstätten, die Modernisierung der Krankenhäuser, der Altersheime usw. zurückzuführen, andererseits aber auch auf die Preisentwicklung, die sich auf einen so großen Haushalt wie den der Stadt Wien, entsprechend auswirkt. Wir müssen also, um unsere Investitionstätigkeit nicht einschränken zu müssen, alles unternehmen, um durch weitere Rationalisierungen zu Einsparungen beim laufenden Sachaufwand zu kommen. Beim Personalaufwand hat sich eine Steigerung um ein Zehntel auf 29,9 Prozent der Gesamtausgaben ergeben. Für den Personalaufwand sind 3.023,528.500 Schilling veranschlagt. Der Dienstpostenplan zeigt eine Steigerung um 44 aktive Bedienstete. Darin darf man natürlich nicht schließen, daß wir tatsächlich nur 44 Bedienstete mehr gebraucht haben, denn zum Beispiel für alle neuen Einrichtungen mußte Personal zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf stieg viel stärker, als diese 44 auszusagen, nur steht dem neuen Bedarf der Rationalisierungserfolg gegenüber. Die Zahl der Pensionisten stieg um 330.

Zur Erhaltung der Vollbeschäftigung

Der prozentuelle Anteil der Investitionen ist zwar von 27,2 Prozent auf 25,8 Prozent zurückgegangen, der dafür vorgesehene Betrag aber ist gegenüber 1966 um 162,3 Millionen auf 2.616,2 Millionen Schilling gestiegen. Auch die Summen für das Bau- und Bauneben-gewerbe, die 3.407 Millionen ausmachen, liegen um 284,6 Millionen höher, was ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung ist.

Mit den vorgesehenen Mitteln können 1967 5.200 Wohnungen im Rahmen des kommunalen Wohnbaus errichtet und 6.100 Wohnungen finanziell gefördert werden. Die 11.300 errichteten oder geförderten Wohnungen werden die Wohnungsnot mildern und 11.300 Familien ein glücklicheres Familienleben ermöglichen.

Die Erhöhung der Polizeikosten um 32,6 Millionen geht darauf zurück, daß der Polizeikostenbeitrag an den Bund von 60 auf 80 Schilling pro Dienstposten erhöht wurde. Eine neue Einnahmepost entstand durch die Bestimmung des Finanzausgleiches, für 1967 und 1968 je 50 Millionen als Schulbauhilfe an Wien auszuzahlen. 1969 und 1970 werden es je 75 Millionen, 1971 und 1972 je 100 Millionen sein.

In der Verwaltungsgruppe II sind Ausgaben von 2.334,6 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um 150 Millionen mehr als heuer. Dies ist auf die Kapitalaufstockung für die Wiener Stadtwerke von 150 Millionen und auf die Erhöhung der Reserven für unvorhergesehene Ausgaben um 20 Millionen sowie auf einen höheren Schuldendienst zurückzuführen. Eine Verschuldung der Hoheitsverwaltung ist jedoch nicht eingetreten.

Für zinsfreie Instandhaltungsdarlehen werden wieder 180 Millionen, für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 insgesamt 306,5 Millionen, für Zusatzdarlehen zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 100 Millionen und für andere Wohnbauförderungsmaßnahmen 77,9 Millionen ausgegeben.

Der Investitionsanleihe für die Wiener Stadtwerke wurde die Zustimmung des Finanzministeriums noch nicht erteilt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Budget 1967 die Fortsetzung der begonnenen Arbeiten und den Beginn wichtiger neuer Vorhaben ermöglichen will. Eine Reihe von Problemen wartet noch auf eine Lösung. Zum Teil sind dafür Verhandlungen mit der Bundesverwaltung nötig, so vor allem über den Hochwasserschutz für Wien. Die Wiener sind natürlich dafür, daß im ganzen Bundesgebiet für entsprechenden Hochwasserschutz gesorgt wird. Die Bundesdienststellen sollen aber nicht übersehen, daß durch den Hochwasserschutzbau im Oberlauf der Flüsse rascher größere Wassermengen in die Donau fließen. Dadurch steigt die Hochwassergefahr für die Gebiete an der Donau und besonders für Wien. Darum können die Hochwasserschutz-Maßnahmen im ganzen Bundesgebiet nur entsprechend koordiniert durchgeführt werden.

Auch muß geklärt sein, mit welchen Beträgen aus dem Wasserwirtschaftsfonds und aus den Wohnbaufonds in den nächsten Jahren gerechnet werden kann. Auch die Pläne für S-Bahn und U-Bahn müssen

rechtzeitig koordiniert werden. In verschiedenen Punkten, wie dem Einheitstarif und dem Bau der Schnellbahnstation Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße wurde mit dem Verkehrsministerium bereits Übereinstimmung erzielt, aber die entsprechenden Zusagen des Finanzministers stehen noch aus. Wien ist nach wie vor zur Vorfinanzierung bereit.

Auch verschiedene Straßenbauprobleme des Bundes in Wien sind noch offen, wie eine Unterführung bei Schwechat und besonders die Unterführung im Zuge der Altmannsdorfer Allee.

Was die Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien betrifft, liegt eine solche nicht nur im Interesse der Stadt, sondern auch in dem des Bundes. Je mehr internationale Organisationen sich in Wien niederlassen, desto größer wird die außenpolitische Sicherheit des gesamten Bundesgebietes. Auch die wirtschaftlichen Vorteile kommen ganz Österreich zugute. Es ist dies also eine Sache, an der nicht nur der Bund, sondern auch alle Bundesländer interessiert sein müßten.

Die eigenen Großvorhaben der Stadt Wien erfordern ebenfalls Milliardenbeträge. So vor allem die Neuerrichtung des Großgrünmarktes, die vordringlich ist, weil die immer brennender werdenden Verkehrsprobleme wahrscheinlich bald eine Absiedlung des Naschmarktes notwendig machen. Darum muß dem Großgrünmarkt der Vorrang gegenüber dem Fleischgroßmarkt St. Marx eingeräumt werden.

Weitere wichtige Probleme, die in Zukunft gelöst werden müssen, sind das Bäderbauprogramm (640 Millionen Schilling, vordringlich Dianabad und Stadthallenbad), der Bau von Fernheizwerken (1,6 Milliarden Schilling), die Errichtung von Kläranlagen an der Donau (allein die Anlagen am rechten Ufer würden Kosten von rund 450 Millionen Schilling verursachen), der weitere Ausbau des Rudolphspitales (1968 Baubeginn am großen Bettentrakt), die Errichtung des Spitals Wien-Ost (rechtliche Voraussetzungen bereits geklärt), der weitere Ausbau der Wasserversorgung (weitgehendes Verständnis beim Bund und in Niederösterreich notwendig; darf nicht mit anderen Problemen gekoppelt werden), Probleme der Kanalisation und schließlich der Assanierung veralteter Wohngebiete. Zur Assanierung sagt der Berichterstatter, daß im Forderungsprogramm der Länder der Wunsch an den Bund herangetragen wurde,

die Assanierung den Ländern zu übertragen. Im Voranschlag 1967 sind für den Ankauf von Grundstücken für diese Zwecke 150 Millionen Schilling vorgesehen.

Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten

Gemäß der Novelle 1965 zur Wiener Stadtverfassung legt Vizebürgermeister Slavik dem Gemeinderat zum erstenmal die Unterlagen zur Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten vor. Nach dieser Novelle muß der Gemeinderat zugleich mit der Feststellung des Voranschlages bei jenen Abgaben und sonstigen öffentlich-rechtlichen Geldleistungen, die auf Grund einer bundes- oder landesgesetzlichen Ermächtigung ausgeschrieben oder erhoben werden, überprüfen, ob eine Änderung notwendig ist. Das gleiche gilt auch für die vom Gemeinderat für Leistungen der Gemeinde festzusetzenden tarifmäßigen Entgelte.

Wie der Referent dazu ausführt, gibt es verschiedene Gebühren und Abgaben, bei denen nach dem Gesetz die Verpflichtung bestünde, das Kostendeckungsprinzip anzuwenden. Tatsächlich sind jedoch nur 26,6 Prozent der Gebühren kostendeckend. Bei verschiedenen Gebühren macht die Kostendeckung nur zwischen 6,7 Prozent und 79 Prozent aus. Die Schulgelder sind nur zu sechs Prozent kostendeckend, die Eintrittspreise in die städtischen Museen gar nur zu 1,5 Prozent. Das heißt also, daß die Spanne von 1,5 bis 100 Prozent reicht. Es ist jedoch nicht so, daß von der Stadtverwaltung in Zukunft überall eine 100prozentige Kostendeckung angestrebt wird.

Im folgenden stellt Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge und ersucht, die eingebrachten Erinnerungen zum Voranschlag 1967 den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen. Zur Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat stellt der Referent folgenden Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, 1. im Falle der Genehmigung der noch in diesem Jahr für 1967 vorgesehenen Regulierungen der Wassergebühren, Kanalgebühren und Beistellgebühren der Feuerwehr nur dann eine weitere Erhöhung dieser Gebühren zu beantragen, wenn der durch die beabsichtigte Erhöhung angestrebte Kostendeckungssatz im Lauf des Haushaltsjahres 1967 unterschritten werden würde; 2. bei der Müllabfuhrabgabe und bei den Prüftaxen der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt im Jahr 1967 eine auf Kostendeckung gerichtete Gebührenregulierung vorzubereiten, und den zuständigen Organen zur Entscheidung vorzulegen; 3. eine Reihe von Gebühren

und Entgelten dahingehend zu überprüfen, in welchem Ausmaß eine Erhöhung in Richtung der Kostendeckung vertretbar ist.

Der Referent betont noch einmal, daß heute keine Anträge über Gebührenerhöhungen vorgelegt werden.

Zusammenfassend ersucht Vizebürgermeister Slavik die Mitglieder des Gemeinderates, bei der Prüfung des Voranschlages 1967 zu berücksichtigen, unter welchen schwierigen Voraussetzungen dieser Haushaltsplan erstellt werden mußte. Sicherlich wird in den Debatten der nächsten Tage noch mancher Wunsch geäußert werden. Trotzdem kann gesagt werden, daß man bemüht war, alle Wünsche soweit wie möglich zu erfüllen. Dabei mußte jedoch stets dafür Sorge getragen werden, daß die Ausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Die Beträge dieses Voranschlages werden zweifellos einen starken Impuls auf die Wirtschaft unserer Stadt ausüben und einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung geben. Wenn Probleme auftauchen, darf man jedoch nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern muß an die Lösung dieser Probleme heranschreiten. Der Voranschlag 1967 bietet die Sicherheit dafür, daß die Stadt Wien ihre glückliche Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen können wird.

Die Generaldebatte

GK. Lauscher (KLS) ist der erste Redner der Generaldebatte. Er begrüßt die Haltung der Sozialisten im Parlament und meint, daß diese Haltung im Wiener Rathaus konkret verwirklicht werden müßte. In Wien hätte man die Möglichkeit, eine arbeiterfreundliche Politik zu betreiben. Seiner Meinung nach werde jedoch dieses Budget dem nicht gerecht.

Die Tarifpolitik des Finanzministers wird mit Recht kritisiert. Aber welche Tarifpolitik führt die Mehrheit dieses Hauses durch? Die Kindergartenbeiträge wurden erhöht, die Verkehrstarife werden erhöht, und es bestehen Pläne für die Erhöhung der Wassergebühren, der Kanalgebühren, der Müllabfuhrgebühren. Dabei wird der Sachaufwand immer höher, jedoch die Anteile für das Personal und für Investitionen immer geringer.

Der Redner beurteilt auch den Finanzausgleich nicht so optimistisch wie der städtische Finanzreferent. Die Bevölkerung müßte darüber aufgeklärt werden, wie der Bund Wien benachteiligt. Dagegen müßte die Bevölkerung zum Kampf aufgerufen werden.

Der Bund erfüllt nicht einmal jene Verpflichtungen, die ihm durch das Gesetz auferlegt werden. Für jeden Staat in der Welt ist es selbstverständlich, daß er seiner Hauptstadt hilft. Nur in Österreich ist das anders. Hierauf nimmt der Redner zu einigen wesentlichen Punkten des Budgets Stellung. Er bezeichnet es als erfreulich, daß der Wohnungsbau von der Investitionskürzung nicht betroffen ist, meint aber, daß dies nicht genügt, sondern im Gegenteil die Ansätze für den Wohnungsbau erhöht werden müssen. Bei der beabsichtigten Reform des kommunalen Wohnungsbaus lehnt er jede Regelung ab, die neue Ungerechtigkeit schafft und nur darauf hinausläuft, daß man für eine Gemeindewohnung zehntausende Schilling zu bezahlen hätte. Was wir brauchen, ist eine bessere Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaues und Maßnahmen, die das Problem der Grundstückbeschaffung lösen.

Als unverständlich bezeichnet Gemeinderat Lauscher die Kürzungen beim Straßenbau und beim Brückenbau. Er urgiert in diesem Zusammenhang den Generalverkehrsplan und kritisiert allgemein Planungsmängel bei der Gemeinde Wien. Etliche Projekte wurden zwar angekündigt aber dann auf viele Jahre hinausgeschoben. Diese Entwicklung scheint bedenklich. Diese Konzeptlosigkeit werde allmählich für die Entwicklung unserer Stadt bedenklich. Wir haben zwar ein Grundkonzept und damit sozusagen einen Gesamtrahmen. Leider wird aber in der Praxis dieses Grundkonzept nicht nur nicht verwirklicht, sondern neue Vorhaben werden verschiedentlich so durchgeführt, daß auch eine spätere Einhaltung des Grundkonzepts dadurch verhindert wird.

Als besonders enttäuschend bezeichnet der Redner die Ansätze für den Sport. Es sind weder Ansätze für das Stadion-West noch für das neue Radstadion vorhanden. Besonders bedauerlich ist auch, daß der Bau des Dianabad weiter hinausgeschoben wurde.

Die Konzeptlosigkeit zeige sich auch auf dem Personalsektor. Spitalsbetten sind wegen des Schwesternmangels gesperrt und beim ersten Schneefall kam es, durch den Personalmangel verursacht, zu einem Verkehrschaos.

Das Personalproblem wird aber nur dann gelöst werden können, wenn der Gemeindedienst wieder attraktiv gemacht wird. Die Angleichung der Löhne sei nicht nur eine soziale Verpflichtung, sondern im Interesse unserer Stadt und ihrer Bevölkerung unbedingt notwendig. Wien müßte in seiner Personalpolitik endlich wieder zum Vorbild für die Länder und auch für den Bund werden. Wenn es bei den nunmehr stattfindenden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dem Bund zu keiner Regelung kommt, müßte wenigstens die Gemeinde Wien mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einvernehmliche Regelung treffen. Das Er-

gebnis der Nationalratswahlen und als Folge die Bildung einer ÖVP-Alleinregierung hat grundlegende Veränderungen in der Innenpolitik und auch außenpolitisch gebracht. Der Redner bezeichnet diese ÖVP-Alleinregierung als eine Gefahr nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich. Es ergebe sich daher die zwingende Aufgabe, dieser wien feindlichen Politik energisch entgegenzutreten. Die Gemeindeverwaltung hätte die Aufgabe, dieser Politik ein soziales und demokratisches Konzept gegenüberzustellen. Für Wien sei es auch von großer Wichtigkeit, welche wirtschaftliche Stellung unser Land in Europa und darüber hinaus in der Welt einnehme. Eine Eingliederung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft stünde nicht nur im Widerspruch zu unserem Staatsvertrag, sondern auch im Widerspruch zur Friedensmission unseres Landes. Der Wiener Gemeinderat sollte sich daher auch zu dem Friedensaufruf prominenter Persönlichkeiten bekennen, die für einen Frieden in Vietnam eintreten. Die beabsichtigte Fusionierung eines Wiener Betriebes mit einem deutschen Konzern müßte unbedingt verhindert werden. Bei Verwirklichung dieser Fusionierung drohte dem Werk die Stilllegung und es würden dadurch rund 1.500 Arbeiter beschäftigungslos. Wenn Maßnahmen in der Elektroindustrie notwendig sind, dann müßte eine Lösung gefunden werden, die die Arbeitsplätze sichert und unabhängig vom deutschen Kapital ist.

Auch die ÖVP-Politik in der Habsburg-Frage schade unserem Land.

Der Sprecher kritisierte auch die Rathauskoalition und vor allem die politische Haltung der Wiener ÖVP, die Wien nicht dienen könne ohne in scharfen Widerspruch zu ihrer Bundesparteileitung beziehungsweise zur Bundesregierung zu geraten.

Die KLS-Fraktion werde dem Voranschlag nicht zustimmen.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) vermißte im Budgetentwurf eine Konzentration auf Schwerpunkte und eine eindeutige Rangordnung. Seit 1963 sei der prozentuelle Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben ständig gesunken, während der Budgetrahmen im selben Zeitraum um 44 Prozent gestiegen sei. Die Investitionstätigkeit bleibe also zurück.

Im Sommer habe Vizebürgermeister Slavik von voraussichtlichen Mindereinnahmen von 400 Millionen Schilling gesprochen. Im Voranschlag ist aber eine Erhöhung der Ertragsanteile um 420 Millionen oder 12,7 Prozent präliminiert. Der Anteil der Landes- und Gemeindeabgaben an den Gesamteinnahmen sei jedoch prozentuell gesunken.

Gemeinderat Dr. Schmidt beschäftigte sich auch mit den Auswirkungen der Grundsteuerneufestsetzung und der Verflechtung der Finanzpolitik Wiens mit der des Bundes.

Für manche Belastung hätte die Bevölkerung Verständnis, wenn sie wüßte, daß ihr Geld sinnvoll verwendet würde. Wenn sie aber sähe, daß etwa trotz Erhöhung der Straßenbahntarife ein Defizit von rund einer halben Milliarde bei den Verkehrsbetrieben übrig bleibe, könne sie dafür kein Verständnis aufbringen.

Was die Abgaben- und Tarifpolitik der Gemeinde Wien betrifft, so ist hier ein trauriger Gleichklang zwischen Bund und Bundeshauptstadt festzustellen, etwa unter dem Motto: "Von Schmitz begonnen, von Slavik fortgesetzt".

Es ist unverständlich, warum trotzdem zur Schau gestellten Optimismus Investitionskürzungen vorgenommen werden. Es ist klar, daß im nächsten Jahr der Beschluß über den U-Bahn-Bau gefaßt werden muß. Über die Belastungen durch dieses Großprojekt soll sich der Finanzreferent bei der U-Bahn-Pressekonferenz "vorsichtig-optimistisch" geäußert haben, da angeblich bereits 40 Prozent (200 Millionen Schilling) der Kosten zur Verfügung stünden. Von den im Voranschlag 1967 enthaltenen 118 Millionen Schilling werden

aber nur 20 Millionen Schilling für den Bau des Grundnetzes zur Verfügung stehen können. Im Grundkonzept ist vorgesehen, daß im ersten Jahr des U-Bahn-Baues zumindest mit den Einbauten (50 Millionen Schilling kosten) begonnen werden soll. In dieser Hinsicht erhebt sich nun die Frage: Ist der Voranschlag unrealistisch oder wird 1967 nicht das erste Jahr des U-Bahn-Baus sein? Sollte der Finanzreferent darauf spekulieren, daß im Budget genügend Reserven einkalkuliert sind, dann käme dies einer Täuschung des Gemeinderates gleich. Wenn 1967 mit dem U-Bahn-Bau begonnen werden sollte, dann hätte dies im Budget zum Ausdruck kommen müssen.

Ähnliches gilt für den Straßenbau, für den eine Steigerung von nur 2,2 Millionen Schilling, das sind 1,3 Prozent, vorgesehen ist. Kein Wort wird hier zum Beispiel über die Inangriffnahme eines Lösungsversuches der Parkraumfrage gesagt.

Der Wohnungsbau wird im Voranschlag 1967 mit der gleichen Routine behandelt wie im Vorjahr. Heuer hat die SPÖ erstmalig für sie neue Ansichten über den Bau und die Vergabe von Wohnungen geäußert. Aber die SPÖ braucht Jahre, bis solche "ketzerische" Gedanken diskutiert werden können, und sie braucht weitere Jahre, bis endlich Maßnahmen getroffen werden können. So bringt also der Voranschlag auch hier nichts Neues.

Es erhebt sich also die Frage, wieviel Millionen der Gemeinde durch die bisherigen Tabus U-Bahn und Wohnungswesen verlorengehen. Das Gesundheitswesen kommt im Voranschlag sehr schlecht weg, schlechter sogar als in den Jahren 1961 und 1962. Die Ansätze betragen nur 5,1 Prozent der Gesamtausgaben was einen Tiefpunkt darstellt. Wenn man bedenkt, wie spät die Gemeinde Wien begonnen hat, auf diesem Gebiet etwas zu tun - nämlich erst 1961 -, dann ist dies um so bedauerlicher.

Im folgenden lehnt Gemeinderat Dr. Schmidt die Anträge über die Tarif- und Gebührenerhöhungen ab und betont, daß mit gewissen Leistungen der Gemeinde, die lebensnotwendig sind - wie zum Beispiel die Wasserversorgung - kein Geschäft gemacht werden darf. Sie müssen von der Allgemeinheit bezahlt werden, da sie der Allgemeinheit dienen.

Wenn aber schon kostendeckend gearbeitet werden soll, dann müssen die Kosten scharf kalkuliert werden. In einem Verwaltungsbetrieb, wie es die Gemeinde ist, wird dies jedoch kaum zu erreichen sein.

Der Debattenredner vermißt im Voranschlag genaue Erklärungen und Aufschlüsselungen der Einzelbeträge, unter anderem auch bei den Ausgaben für die Wasserwerke (439 Millionen). Dieser Betrag zum Beispiel soll nach Meinung des Magistrats nur durch die Einnahmen aus den Wassergebühren gedeckt werden. Was geschieht jedoch mit den anderen Einnahmen der Wasserwerke? Ähnlich ist es bei der Müllabfuhr und auf anderen Gebieten. Es scheint, als ob das Prinzip der Kostendeckung "in Form einer Milchmädchenrechnung" angewandt wird. Abgesehen von den grundsätzlichen Erwägungen kann man einem solchen mangelhaft begründeten Antrag nicht die Zustimmung geben. So widerspruchsvoll und undurchsichtig sind diese Anträge wie das Budget selbst. Es ist unserer Meinung nach ein Budget, das an den tatsächlichen Erfordernissen und Notwendigkeiten vorbeigeht, schließt der Redner. Er sei daher nicht in der Lage, dazu die Zustimmung zu geben. (GR. Jodlbauer, SPÖ: Grundsätzlicheres haben Sie gar nichts zu sagen?) GR.Dr. Schmidt im Abgehen: Soll ich vielleicht über Vietnam sprechen?

GR.Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) verweist darauf, daß neben dem Bundesbudget das Wiener Budget der zweitgrößte Haushaltsplan in Österreich ist. Das hebt rein zahlenmäßig die Bedeutung der Bundeshauptstadt besonders hervor. Freilich gibt es noch viel größere Städte auf der Erde, aber Wien braucht nicht den Ehrgeiz zu haben, eine Millionenstadt zu sein. Wien sollte eine echte Funktion finden. Wenn wir ein Zukunftskonzept für unsere Stadt erarbeiten, so muß Wien seine echte Funktion als Zentrum im Donaauraum als internationale Begegnungsstätte und als Bundeshauptstadt eines neutralen Landes erlangen. Das Zukunftsprogramm für Wien verlangt ein Umdenken. In dieser Hinsicht sind erste Ansätze bei der Rathausmehrheit vorhanden. Doch kommt das in diesem Budget noch nicht zum Ausdruck. Es ist nach Ansicht des Redners wieder ein Routinebudget. Dr. Strunz befaßt sich dann mit den Grundlagen für die Erstellung des Haushaltsplanes und kritisiert, daß die Haushaltsordnung weitgehend unbekannt sei.

Er verweist dann auf Widersprüche zwischen dieser Haushaltsordnung und der Praxis der Budgeterstellung. So verlangt die Haushaltsordnung, daß bei den Ansätzen in Aussicht genommene Veränderungen zu berücksichtigen seien. Dies ist jedoch nicht geschehen. Auch fehlen detaillierte Erläuterungen bei der Budgetierung größerer Vorhaben. Ferner kritisiert der Redner, daß die Veranschlagung von Wertabschreibungen auf Anordnung der Magistratsdirektion unterbleiben kann. Dies schmälert das Recht der Gemeinderäte. Wenn man von der Rathausmehrheit Differenzen auf Bundesebene zwischen Opposition und Regierung über angebliche Verfassungswidrigkeit des Bundesbudgets zum Anlaß eines Prüfungsbegehrens nimmt, sollte man sich auch im eigenen Haus bemühen, verfassungsrechtliche Unklarheiten zu beseitigen. Der Redner urgiert auch die Forderung der ÖVP nach Schaffung eines eigenen Budgetausschusses.

Zum Budget selbst erklärt Dr. Strunz, ein gutes Budget knüpfe an die Vergangenheit an und baue für die Zukunft vor. Neben der Erstellung des Jahresvoranschlages wäre es auch notwendig, einen Finanzplan zu einem Mehrjahresprogramm zu erstellen. Leider habe sich die Mehrheit dieses Hauses noch nicht dazu bewegen lassen, dieser Forderung der ÖVP-Fraktion zu entsprechen. Wien kann aber seinen echten Funktionen nur dann gerecht werden, wenn hinsichtlich der Finanzierung der Vorhaben neben der Rangordnung auch ein Finanzierungsplan zu einem Mehrjahresprogramm erstellt wird, in den sich das alljährliche Budget einfügt. Diese Haltung sei unverständlich, da sich die Sozialisten im Parlament für ein derartiges Konzept ausgesprochen haben. Der für fünf Jahre gültige Finanzausgleich würde sich auf ein derartiges Budget günstig auswirken. Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die veranschlagten Ertragsanteile der Bundesabgaben, verglichen mit dem Jahr 1966, von 3,3 Milliarden auf 3,72 Milliarden Schilling steigen werden. Daraus geht entgegen düsterer Vorhersagen hervor, daß Wien beim Finanzausgleich positiv abschneidet, obwohl durch die Umschichtung im Finanzausgleich die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 102 Millionen niedriger veranschlagt ist. Insgesamt schneidet Wien sehr positiv ab, die Mittel aus dem Finanzausgleich machen 38,3 Prozent des Gesamtbudgets aus.

Zu den Gebühren und Tarifierhöhungen stellt der Redner namens seiner Fraktion fest, daß im Sinne einer gesunden Wirtschaftsgebarung das kostendeckende Prinzip anzustreben ist. Seine Fraktion vertritt jedoch die Meinung, daß man dabei sehr vorsichtig vorgehen muß, um nicht ausgerechnet von der öffentlichen Hand eine Teuerungswelle hervorzurufen. Einerseits muß mit einer ungesunden Defizitwirtschaft Schluß gemacht werden, andererseits darf man aber nicht darauf vergessen, daß gerade von der Stadtverwaltung Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit, unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte, geleistet werden müssen.

Die Ausgaben für das Bau- und das Baunebengewerbe werden nach diesem Budget um 5,8 Prozent steigen, während die Steigerung 1965/66 5,6 Prozent betrug. Für den Wohnbau sollen 1.060 Millionen aufgewendet werden, gegenüber 988 Millionen im heurigen Jahr; das ist eine Steigerung um 7,3 Prozent. Die Ausgaben für die Erhaltungsarbeiten steigen um 4,6 Prozent, für andere wichtige Bausparten sind jedoch nur geringe Erhöhungen oder gar Rückgänge vorgesehen. So tritt bei den Ansätzen für Brücken- und Wasserbauten eine Reduzierung der Beträge um 13,1 Prozent ein. Auch der Tiefbau hat weniger zu erwarten als der Hochbau. Es erscheint nicht leicht verständlich, daß man gerade beim Straßen- und Brückenbau Investitionskürzungen vornimmt, da hinsichtlich der Verkehrssituation der Straßenbau vorrangig behandelt werden müßte. Auch für das U-Bahn-Projekt ist im Budget kein einziger Schilling vorgesehen, da hierfür erst später ein eigener Finanzierungsplan vorgelegt werden soll. Es sei daher erfreulich, daß im Bundesbudget für das kommende Jahr insgesamt 226,3 Millionen Schilling für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen in Wien vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang stellt der Redner fest, daß Wien in Relation mit den anderen Bundesländern und mit anderen Bundeshauptstädten pro Einwohner am wenigsten für den Straßenbau aufwendet. Nach den Beträgen von 1966 gerechnet, werden von Land und Gemeinde in Graz pro Einwohner 498 Schilling für Verkehrsbauten ausgegeben, in Bregenz 536 Schilling, in Linz 579 Schilling, in Klagenfurt 710 Schilling, für jeden Wiener aber nur 259 Schilling.

Auch hinsichtlich des Hochwasserschutzes sind in unserem Budget keine Ansätze zu finden. (Zwischenruf Stadtrat Heller: Der Bund ist doch gesetzlich verpflichtet, das Ganze zu bezahlen!) In Wien scheint im Budget lediglich ein Betrag von 3,3 Millionen Schilling als Beitrag für die Erfordernisse der Donauhochwasserschutzkonkurrenz auf. Dieser Betrag dient zur Erhaltung der derzeitigen Hochwasserschutzanlagen. Es müssen bekanntlich alle Betriebe entlang des ganzen Handelskais bis zum Öltanklager am Winterhafenspitz abgesiedelt werden und es ist kaum möglich, daß alle Absiedlungen mit dem veranschlagten Betrag von 200.000 Schilling bewältigt werden können.

Die voraussichtlichen Einnahmen geben das Bild der Wiener Wirtschaftsentwicklung wieder. Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Prosperität seien die Fundamente unserer Stadtfinanzen und daher sei die Stadt verpflichtet, alles zu tun, um das Wiener Wirtschaftspotential zu erhalten. Eine Abwanderung von Wiener Unternehmen in die Bundesländer müßte durch wirtschaftsfördernde Maßnahmen verhindert werden. Dazu gehört die Aufschließung von Industrie- und Gewerbeflächen und ihre Verkehrserschließung ebenso, wie eine ausreichende Hilfe für die Entwicklung der Unternehmen. Zu berücksichtigen sei auch die Randlage Wiens im europäischen Markt. Damit diese Randlage für uns nicht diskriminierend wirkt, müßten verschiedene offene Probleme gelöst werden. Dazu gehört der Ausbau des Wiener Hafens im Zusammenhang mit dem Projekt Rhein-Main-Donau-Kanal und der Ausbau der Verkehrsverbindungen nach dem Osten, hat doch Wien gerade für den Donaauraum wirtschaftliche Bedeutung. Erfreulicherweise kam es zur Konstituierung eines Arbeitskreises für Integrationsfragen und zur Erstellung eines entsprechenden Arbeitsprogrammes durch das Institut für Raumplanung.

Wien muß auch für die Ansiedlung internationaler Organisationen die Initiative ergreifen.

Vor allem aber ist ein entsprechender Ausbau der Stadt erforderlich, ohne daß ihr einmaliger Charakter verloren geht. Dazu muß eine Rangordnung der Probleme erstellt werden, die vielfach noch fehlt.

Die Stadtplanung muß größere Bedeutung erlangen. Die dafür vorgesehenen 6,5 Millionen erscheinen zu wenig. Zur Arbeit der Stadtplanung gehören auch eine richtige Standortpolitik und eine großzügige Grünflächenplanung.

Im Rahmen der Rangordnung muß das Wohnbauproblem obenan stehen. Es ist erfreulich, daß die Quote auf 5.200 neue Wohnungen im Jahr 1967 erhöht werden konnte, was den ÖVP-Vorschlägen entspricht. Auch der Frage der Stadterneuerung, der Entmischung und Entkernung muß großes Augenmerk zugewandt werden. Die Sanierung überalteter Stadtteile ist besonders wichtig (Zwischenruf GR. Windisch, SPÖ: "Dann brauchen wir nur noch ein Bundesgesetz über die Bodenbeschaffung und Assanierung, damit wir unsere Vorhaben auch durchführen können!").

Was die wünschenswerte Reform der Stadtverwaltung anbelangt, vermißt man im Budget entsprechende Positionen für Verwaltungs- und Betriebsreform. Die Netzplantechnik müßte auch im Bereich der Administration angewandt werden.

Die ÖVP-Fraktion, die aus echter Verantwortung heraus ein Budget will, das die Grundlagen für den Fortschritt im kommenden Jahr gewährleistet, wird den Ansätzen ihre Zustimmung geben.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ). Er sagte, die Budgetdebattender letzten Jahre und manche Ausführungen heute erweckten den Anschein, als hätte sich die Gemeinderatsmehrheit für etwas zu entschuldigen. Dem muß energisch entgegengetreten werden. Die Tatsachen widerlegen nämlich eindeutig die ständig wiederholt Behauptung der Konzeptlosigkeit und der mangelnden Leistungen.

Dr. Stemmer erinnerte an die Budgetdebatte im Jahre 1945, die vier Stunden dauerte und bei der neun Redner sprachen. Der Vorschlag für 1946 sah Ausgaben von 422,8 Millionen Schilling vor, von denen 92 Millionen oder 21,8 Prozent nicht einmal bedeckt waren. Die Rücklagen der Stadt bestanden aus Reichsschatzscheinen über 357 Millionen Reichsmark und auch die Zentralsparkasse hatte bei einem Einlagenstand von 900 Millionen Reichsschatzscheine über 530 Millionen Reichsmark. Stadtrat Karl Honay als Finanzreferent schätzte damals die Schäden am Gemeindevermögen auf 364 Millionen und die Schäden der Wiener Wirtschaft auf zwei Milliarden Schilling.

Für 1967 ist allein für das Allgemeine Krankenhaus mehr vorgesehen, als der Budgetrahmen 1946 betrug.

Die gegenwärtige Kritik wird gewissermaßen aus dem Blickpunkt durch die Windschutzscheibe erstattet, man soll aber gelegentlich auch in den Rückspiegel schauen: Vor 21 Jahren, als im Gemeinderatssaal die Fenster fehlten und die Gemeinderäte in den Mänteln dasaßen, ergab sich von selbst eine Rangordnung der Probleme: An erster Stelle stand die Beschaffung von Nahrungsmitteln und viele von denen, die heute so nacheinander kritisieren, könnten dies nicht, wenn für sie als Kinder damals nicht Nahrung herbeigeschafft worden wäre. An zweiter Stelle lag das Wohnungsproblem. 22 Prozent des Wiener Wohnraums war zerstört und für Neubauten war kaum Material vorhanden. Man mußte zuerst Schutt beseitigen und Instandsetzungsarbeiten durchführen. 1946 waren für Neubauten 54,3 Millionen vorgesehen, davon 20 Millionen für den Wohnbau.

Wer hätte in der damaligen Situation von einem Vorrang der Verkehrsprobleme reden wollen? Natürlich kann man ein Programm für das Jahr 2000 entwickeln, aber es wird ein utopischer Roman, denn die Entwicklung in den nächsten 34 Jahren ist ebensowenig abzuschätzen, wie man 1932 hätte vorhersehen können, welche Verhältnisse im Jahre 1966 herrschen werden. Stellen wir eine Gegenrechnung an: bis zum Jahr 2000 fehlen noch 34 Jahre. Gehen wir 34 Jahre zurück, dann sind wir im Jahr 1932. Kein Mensch konnte damals, 1932, die Entwicklung bis heute voraussehen. Wer kann heute sagen, wie die Entwicklung auch nur bis 1977 tatsächlich weitergehen wird? Wir sind schon froh, wenn unsere Überlegungen eine Funktionsperiode lang, also 5 Jahre, halten. Das Budget ist ja in Wirklichkeit ein Vertrauensvorschuß des Gemeinderates für die Verwaltung dieser Stadt. In der Finanzpolitik bleibt nichts anderes übrig, als die vielfältigen Entwicklungstendenzen zu verfolgen - zumeist Tendenzen, die man nur abschätzen kann.

Jetzt beschließen wir, daß die Gebühren und Tarife alljährlich einer Revision unterzogen werden sollen. Eine solche Regelung wäre eigentlich schon längst fällig gewesen. Kürzlich hat ein Journalist geschrieben, daß man Dinge, die getan werden müssen, nicht aus politischen oder wahltaktischen Überlegungen hinauschieben soll. Das halte ich für vollkommen richtig.

Die Finanzpolitik einer Gebietskörperschaft kann nicht unabhängig sein von der Finanzpolitik des Bundes. Dabei handelt es sich jedoch um keine Geschenke seitens des Bundes, sondern um gesetzliche Leistungen. Wir alle sind an einer gesunden Bundespolitik interessiert, und auch heute noch gilt der Satz, wonach wir alle in einem Boot sitzen -- auch wenn dieses Boot heute etwas Schlagseite hat.

Bei der Durchsicht der bisherigen Budgets seit Kriegsende sind jene der Jahre 1947 bis 1950 besonders interessant. Der Voranschlag von 1947 zeigt eine Steigerung gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 22 Prozent, 1948 machte die Steigerung 86,2 Prozent aus, 1949 waren es 34,8 Prozent und 1950 37,3 Prozent. Das war die Zeit der Lohn- und Preisabkommen, und sie hätte unheilvolle Auswirkungen haben können. Aber 1951 trat mit einer Steigerung von 17 Prozent bereits wieder eine Beruhigung ein, 1952 war der Steigerungsfaktor zwar wieder etwas höher, aber dann ist er bis heute bei rund neun Prozent geblieben. Das zeugt von der politischen Stabilität dieser Stadt.

Dr. Stemmer, Debattenredner, stellt sodann fest, daß die Budgeterstellung kein schematischer Vorgang ist, sondern stets den Erfordernissen möglichst eng angepaßt wird.

Es gibt schließlich eine Möglichkeit, wie jeder Gemeinderat genau feststellen kann, ob die Budgeterstellung richtig war oder nicht, nämlich durch den Rechnungsabschluß. Deshalb ist es verwunderlich, daß der Rechnungsabschluß stets ziemlich sang- und klanglos über die Bühne des Gemeinderates geht. Er glaube, man sollte sich dazu entschließen, dem Rechnungsabschluß die ihm gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Redner wendet sich dann dem Finanzausgleich zu. Vizebürgermeister Slavik hat bei seinen ärmierenden Darlegungen in diesem Sommer festgestellt, daß die Frage des Finanzausgleichs nur einen Teil der Probleme ausmacht, die die Stadt Wien betreffen. Dr. Stemmer zitiert den sozialistischen Abgeordneten Dr. Danneberg, der im Parlament im Jahr 1930 die Behauptung widerlegt hat, daß der Finanzausgleich ein Geschenk an die Länder und Gemeinden sei. "Österreich ist ein Bundesstaat", sagte damals Danneberg, "aber man hat nie die letzte Konsequenz daraus gezogen. Bundesstaat heißt,

jedem Bundesland die Möglichkeit einer selbständigen Verwaltung zu geben. Das allerschlechtesten ist jedoch, daß die Länder vom Bund alimentiert werden. Es sollte umgekehrt sein, das Steuerrecht müßte bei den Ländern liegen.

Dr. Stemmer zitiert weiter aus dieser Parlamentsrede, in der vor der finanziellen Benachteiligung Wiens gewarnt wird, und aus der Rede Kunschaks im Februar 1934 im Wiener Gemeinderat, in der von einer finanziellen Katastrophe für die Bundeshauptstadt gesprochen wurde.

Er wolle mit diesen Erinnerungen, betonte Dr. Stemmer, beizugehen darauf aufmerksam machen, was eine finanzielle Benachteiligung Wiens für Konsequenzen haben kann. Eine Arbeitslosigkeit in der heutigen Zeit wäre nicht minder verhängnisvoll als damals.

Der Redner hebt dann hervor, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen seit 1945 stets der Wiener Finanzreferent federführend gewesen ist. (Beifall bei den Sozialisten) Die Einheit der Länder und Gemeinden ist etwas sehr Positives in diesem Staat. Die Tatsache, daß gemeinsame Interessen über politische Verschiedenheiten hinweg gemeinsam vertreten werden, ist etwas sehr Positives. Wir müssen uns heute auf diese Kraft verlassen, da sich auf Bundesebene seit der letzten Wahl einiges verändert hat.

Für Wien unterstreicht Dr. Stemmer, es gibt ein Arbeitsprogramm und ein Parteienübereinkommen, das so weit es auf seine Partei ankommt, halten muß. Er bedauert, daß die Volksfrontparole im Wahlkampf Erfolg hatte, eine Parole, von der die Urheber gewußt haben, das sie nicht stimmt. Im übrigen aber könne er keine politische Partei, die von sich aus auf Wählerstimmen verzichtet. Er könne sich erinnern, wie ein sehr maßgeblicher Mann der ÖVP von einer "Öffnung nach links" gesprochen hat. Er hoffe sehr, daß an diesem 6. März nicht mehr zerbrochen ist als die Tatsache einer gemeinsamen Regierung.

Die Koalitionsperiode im Parlament ist jetzt vorbei, ob auf immer oder nur vorübergehend, das weiß man nicht. Eines ist jedoch zu sagen: Schämen brauchen sich die politischen Parteien dieser zwanzigjährigen Zusammenarbeit nicht. Durch die Zusammenarbeit wurden die sozialen Gegensätze überbrückt und gemildert. Bei Meinungsverschiedenheiten gab es die verschiedensten Instanzen,

die dann ihre Ansichten in die Waagschale geworfen haben. Die nunmehrige Budgetentwicklung kann als Spiegelbild dieser fehlenden Koalition und der sich daraus ergebenden nicht sehr erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet werden. Es sei fraglich, ob es auf die Dauer möglich und für den Staat von Vorteil sei, eine staatstragende Partei von der Staatsführung auszuschließen. Die Ereignisse des heurigen Jahres haben tiefe Klüfte aufgerissen und es müßten alle demokratischen Kräfte dieses Landes zusammenarbeiten, um diese Klüfte zu überbrücken im Interesse der Entwicklung und der Freiheit Österreichs.

Als Gefahr für die Demokratie bezeichnet es der Redner, wenn man versucht, Meinungen zu manipulieren und Alternativen durch Schlagworte zu ersetzen. Aufhören müßte man damit, den Gegner in Bausch und Bogen zu "verteufeln" und auch damit, daß man das vielzitierte Image an die Stelle einer Idee setzt. Wir werden uns mit diesem Problem beschäftigen müssen, weil wir die Erziehung zur Demokratie fortsetzen müssen und weil wir ein Interesse daran haben, daß in diesem Lande Menschen mit einer aufrechten Gesinnung leben. Ähnliche Gedanken hat seinerzeit auch Leopold Kunschak ausgesprochen, leider zu einer Zeit, wo es schon zu spät war.

Jede Partei habe das Recht, für ihre Auffassungen zu werben und zu wirken. Die Auseinandersetzungen sollen aber redlich, fair, wahrhaftig und anständig geführt werden mit gegenseitigem Respekt und Respekt vor dem Wähler. Die verschiedenen Ideologien sollen uns nicht trennen, entscheidend sei die Einstellung zur Demokratie.

Gemeinderat Dr. Stemmer dankt abschließend allen mit der Erstellung des Budgets Beschäftigten, die in einer schwierigen Situation die große Arbeit rechtzeitig und zufriedenstellend erfüllt haben. Er dankt auch dem Finanzreferenten für die Verhandlungen über den Finanzausgleich. Durch das vorliegende Budget seien die Grundlagen für die Erfüllung des Arbeitsprogramms gewährleistet.

GR. Dr. Macher (ÖVP) bezeichnet die Ausführungen von Präsident Dr. Stemmer als überraschende Stellungnahme, die zu der Frage führt, wo es zu diesem Tenor im Zusammenhang mit von Dr. Strunz Gesagtem, überhaupt kommen konnte. Es war sehr überraschend, eine so emotionelle Antwort zu hören, in der so pessimistisch zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine längerfristige Planung an den Realitäten des Lebens scheitert. Man könnte hier leicht das Gegenteil beweisen. Denn unsere Stadt, wie sie heute vorliegt, wurde im Jahr 1910 aufgeschossen und geplant, unter der Voraussetzung, daß wir vier Millionen Einwohner erwarten können. Dieser großzügige Plan der Vergangenheit hat sich - wenn auch unter anderen Voraussetzungen erstellt - auch heute nicht als überflüssig erwiesen, denn bis heute erfolgt der kommunale Wohnbau auf Grund der Aufschließung von damals. Eine großzügige Planung kann also nie verfehlt sein.

Zur Aufteilung der Budgetmittel: Vieles, das uns heute nicht paßt, kommt daher, daß die Länder im Laufe der letzten Jahre größere Kompetenzen an sich gezogen haben, die auch größerer Mittel bedürfen. Die Auseinandersetzung bezüglich der Mittel ist daher viel weniger eine Auseinandersetzung mit dem Bund, als vielmehr mit den einzelnen Interessenten. Es handelt sich hier jedoch um Auseinandersetzungen, die rein verfassungsrechtlich bedingt sind, die also frei von Emotionen geführt werden müßten.

Wenn man die Rede des Finanzreferenten mit der des Landtagspräsidenten Dr. Stemmer vergleicht, könnte man von einem Pro und Kontra reden. Aus dem Referat des Vizebürgermeisters hatte man den Eindruck, daß er im allgemeinen mit dem Budget zufrieden sei, man hat daher mit Erstaunen den emotionellen Widerstand aus der Rede von Dr. Stemmer gehört.

1963 habe GR. Mühlhauser schon eine Rangordnung vorgeschlagen, in der auch die U-Bahn aufschien. Gewisse Entwicklungselemente sind also durchaus vorhersehbar. Daher wäre auch eine Budgetvorschau möglich. Sie könnte ja auch elastisch sein, weil sie keine gesetzliche Bindung darstellt.

Die Bundeswohnbaumittel sind ein großer Topf, aus dem sich alle Bundesländer möglichst viel herausholen wollen. Es besteht hier also nicht ein Konkurrenzverhältnis zwischen Wien und dem

Bund, sondern vielmehr zwischen den Bundesländern. Das letzte Verhandlungsergebnis über die Verteilung der Mittel wurde gerade von den Sozialisten schwer gemacht, nämlich von dem SPÖ-Unterhändler des Landes Oberösterreich.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Morgen Samstag: Nachtschibetrieb auf Hohe Wand-Wiese
 =====

9. Dezember (RK) Die Sportstelle der Stadt Wien teilt mit, daß auf der Hohe Wand-Schwiase in der Nacht von gestern auf heute künstlicher Schnee erzeugt wurde. Bei Anhalten der derzeitigen Witterung wird die Schipiste morgen Samstag, den 10. Dezember, bis 22 Uhr mittels der installierten Flutlichtanlage in Betrieb stehen.

--- --

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
 =====

9. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, den 14. Dezember:

17.00 Uhr, Favoriten; Keplerplatz 5, Sitzungssaal.

Donnerstag, 15. Dezember:

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock.

Freitag, 16. Dezember:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

--- --

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
 =====

9. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 2.50 bis 3 S, Kohl 4 S, Weißkraut 2 bis 2.50 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

--- --

Weihnachtsfreude für 250 bedürftige Wiener Kinder
=====Dienstag und Mittwoch: Ausstellung der Geschenke im Jugendamt

9. Dezember (RK) Das Jugendamt der Stadt Wien beschließt auch heuer seine Tätigkeit mit einer Weihnachtsaktion für bedürftige Wiener Kinder. 250 Kinder, die von den Wiener Bezirksjugendämtern für diese Aktion gemeldet worden sind, werden die Weihnachtsfeiertage in den Erholungsheimen Tribuswinkel und Sulzbach-Ischl verbringen. Für sie werden Geschenke bereitgestellt, auf die sie sonst kaum hoffen durften. Die verwirklichten Weihnachtswünsche dieser Kinder können am 13. und 14. Dezember, also am Dienstag und Mittwoch nächster Woche, in der Zeit von 8 bis 16 Uhr in den Räumen des Jugendamtes, 1. Schottenring 24, 4. Stock, Zimmer 405, allgemein besichtigt werden.

- - -

Der Brünner Universitätschor im Wiener Rathaus
=====

9. Dezember (RK) Eine der bekanntesten tschechoslowakischen Chorvereinigungen, der Brünner Universitätschor, gab gestern und heute Konzerte in Wien. Dieses Gastspiel in unserer Stadt ist als Gegenbesuch der Tournee gedacht, die der Wiener Madrigalchor im November nach Brünn, Iglau und Prag unternommen hatte und dabei vom Brünner Universitätschor betreut worden war. Gestern gaben die Brünner Sänger im Stephansdom, heute im Mozartsaal des Wiener Konzerthauses unter der Leitung ihres Dirigenten Lubomir Matl Proben ihres großen Könnens ab.

Heute vormittag statteten die 50 Mitglieder dieses Chores dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo sie in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel herzlich begrüßt wurden.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gemeinderat Lauscher (KLS) betonte, daß man im Jahr 1966 nicht die Maßstäbe des Jahres 1946 anlegen könne. Die einzig legitime Vergleichsbasis seien andere europäische Großstädte derselben Größenordnung in Industriestaaten.

Auch in den innenpolitischen Verhältnissen herrsche heute eine völlig neue Lage, seit die SPÖ aus dem Regierungsboot hinausgeworfen wurde. Die ÖVP-Alleinregierung unter Führung der anti-demokratischen Klaus-Withalm-Clique verfolge einen Wien-feindlichen Kurs. Die Wiener ÖVP aber sei keine andere Partei als die ÖVP, die heute im Bund Politik macht. Es sei sehr fraglich, ob es günstig ist, die letzte Koalitionsbrücke im Wiener Rathaus durch Konzessionen zu erhalten, die auf Kosten der Bevölkerung gehen.

GR. Schreiner (SPÖ) meinte, daß man im Wiener Gemeinderat immer wieder die Forderung nach einer "planvolleren Budgetpolitik" höre. Im Parlament aber wolle die ÖVP von "Plan" oder "Planifikation" nichts hören und sieht dahinter gleich die Gefahr einer Volksfront.

Für die SPÖ sind Vorausplanung und Voraussicht dagegen eine Selbstverständlichkeit. Die Wiener SPÖ habe in ihrem Wahlprogramm vom Jahre 1964 ein Fünfjahres-Arbeitsprogramm für die Bundeshauptstadt entworfen, nach dem seither konsequent vorgegangen wird.

GR. Schreiner weist auf die großen Erfolge hin, die die Stadtverwaltung seit 1945 auf dem Gebiet der Wasserversorgung, des Wohnungsbaus und des Verkehrs erringen konnte. Deshalb sollten die Budgetverhandlungen nicht nach politischen, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten geführt werden.

GR. Jodlbauer (SPÖ) kommt auf die derzeitige Politik des Bundes zu sprechen und meint, daß die ÖVP bedauerlicherweise schon am Abend des 6. März genau gewußt habe, daß sie jede Zusammenarbeit ablehnen werde. Ihr Verhalten kurz nachher bestätigte diesen Eindruck deutlich. (Zwischenrufe aus den ÖVP-Bänken: Das ist nicht wahr, das stimmt nicht). Hier im Gemeinderat aber gibt es weiterhin eine Zusammenarbeit, zu der wir uns bekennen.

Dies sollte als Beispiel für die Bundespolitik dienen. (Zwischenruf von der FPÖ-Fraktion: Warum weint ihr ständig der Koalition nach?) Tränen nach der Koalition sind uns lieber als Tränen der Diktatur!

Auf die Debattenrede von GR. Lauscher antwortet GR. Jodlbauer, daß die Entwicklung von 1945 bis 1955 überall dort in ganz Europa, wo es kommunistische Parteien gibt, hunderte Beweise geliefert hat, daß es bei den Kommunisten weder eine Koalitionsbereitschaft noch eine demokratische Gesinnung gibt. Auch die österreichische KP hat nach 1945 demokratischen Boden verlassen und mit Hilfe sowjetischer Waffengewalt versucht, die demokratischen Verhältnisse in unserem Land zu ändern. Deshalb sollten die Kommunisten heute nicht von einer Koalitionsbereitschaft ihrer Partei sprechen. Die Sozialisten trennt von den Kommunisten eine ganze Welt, eine Welt der Freiheit, eine Welt des freien Wortes, gegenüber einer Welt, wo die Freiheit und das freie Wort geknechtet werden. Die Sozialisten haben nirgendwo die Freiheit, nirgendwo die Demokratie zerstört!

In seinem Schlußwort stellt Vizebürgermeister Slavik einleitend fest, daß sich ein Teil der Diskussion mit dem Voranschlag, ein anderer Teil mit der Entwicklung der Politik in Österreich beschäftigt hat. Beides ist voneinander nicht zu trennen, und zwar deshalb, weil die österreichische Politik Auswirkungen auf die Entwicklung in unserer Stadt haben kann und hat. Wien ist ein Bestandteil dieser Republik, ein wichtiger Bestandteil. Wien ist nicht nur Gemeinde und Bundesland, sondern auch die Bundeshauptstadt, also gewissermaßen die Auslage für die Republik Österreich. Und die Republik müßte das größte Interesse daran haben, daß diese Auslage auch anziehend für den ganzen Staat wirkt.

Wien kann sich nicht als Insel fühlen. Deshalb beeinflußt die Bundespolitik auf verschiedenen Gebieten die Politik der Stadt Wien. Es ist jedoch nicht so, daß die Tarifpolitik unserer Stadt dieselbe ist wie jene des Bundes. Die Wiener Tarifpolitik unterscheidet sich gewaltig von der des Bundes. Wenn die Preisentwicklung die Stadt Wien zu Tarifänderungen zwingt, dann ist nicht die Stadt Wien an der Preisentwicklung schuld, sondern wir müssen dieser Entwicklung auf dem Preissektor Rechnung tragen.

Dies trifft auf die heute angeschnittenen Fragen der Gebühren und Tarife zu. Natürlich gibt es von verschiedenen Seiten Einwendungen dagegen. Aber diese Einwendungen werden von uns genau geprüft, und alle Anträge auf dem Gebiet der Gebühren und Tarife werden stets genauestens durchdacht und durchdiskutiert.

Vizebürgermeister Slavik meint, seine Partei brauche keine Ratschläge der Kommunisten. Er verstehe nicht, wenn sich der Redner einer Partei den Kopf über die andere Partei zerbricht.

Zu der Divergenz: steigender Sachaufwand und sinkender Personalaufwand sei zu bemerken, daß der Personalmangel mit ein Grund sei. Die Heranziehung fremder Firmen erscheine im Sachaufwand und nicht im Personalaufwand.

Was die Diskussion über das Wohnbausystem und über die Vorgebung der Wohnungen betrifft, so dürfe man hier keine überstürzten Entschlüsse und Entscheidungen fällen. Er stelle jedoch eindeutig fest, gleichgültig wie in Zukunft der Wohnbau organisiert sein wird: einen Ausschluß von Bürgern, weil sie nicht genug Mittel für eine Wohnung haben, kann und darf es nicht geben!

Den Vorwurf der Planlosigkeit bei den Verkehrsbauten weist der Finanzreferent zurück. Fachleute aus mehr als 80 Staaten haben unsere Verkehrsbauwerke bewundert. Er hoffe, daß auch kommende Generationen sagen werden, daß hier gute und brauchbare Lösungen geschaffen wurden.

Planungen sind freilich immer etwas Kompliziertes. Auch der Computer gibt uns nicht die Sicherheit, die gesellschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus abschätzen zu können. Wir brauchen uns jedenfalls bei einem Vergleich mit vergangenen Zeiten nicht zu schämen. Selten hat es in dieser Stadt Epochen gegeben, in denen wie jetzt so viel Neues geplant und geschaffen wurde. Wir sind an einer weitgehenden Umgestaltung dieser Stadt beteiligt. Wer kann sich noch erinnern, wie es beim Westbahnhof vor zwanzig Jahren ausgesehen hat, wer erinnert sich noch an die Mariahilfer Straße oder an die Praterstraße vor 15 Jahren, an die Umgebung der Votivkirche und der Oper und an die Verkehrsregelung von damals. Nur wenn man sich den Kopf frei macht und sich einmal hinsetzt und überlegt, weiß man, was alles in dieser Stadt verändert wurde und weiter verändert wird.

Daraus ergibt sich selbstverständlich die Verpflichtung, in die Zukunft zu schauen. Das Entscheidende ist aber nicht das Budgetkonzept, sondern ob es gelingt, auf fünf Jahre ein Arbeitsprogramm zu erstellen, das auch erfüllbar ist. Das ist uns bisher erfreulicherweise immer gelungen.

Der Referent geht dann auf einige konkrete Fragen ein, die in der Debatte aufgetaucht sind. Er verweist darauf, daß das Radstadion mit 5 Millionen Schilling bei der Stadthalle eingesetzt ist. Aus dem Budget ist dies tatsächlich nicht leicht ersichtlich.

Was geschieht, wenn die Verhandlungen mit dem Personal scheitern? Er sei der festen Überzeugung, daß diese Verhandlungen nicht scheitern werden.

Zu den Schätzungen der Ertragsanteile habe er schon in seinem Referat gesagt, daß sie auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1966 entstanden.

Er bekenne sich zu einer weitgehenden Autonomie der Gemeinden auch auf dem Finanzsektor, aber man muß hier den gesunden Mittelweg zwischen finanzieller Autonomie und finanzieller Sicherheit geben.

Zur Frage, wie weit wir künftige Einnahmen im Voranschlag berücksichtigen können: Wenn es noch keinen Beschluß gibt, der eine Änderung der Einnahmen zum Inhalt hat, kann man sie überhaupt nicht berücksichtigen. Man kann ja im vorhinein nicht sagen, was der Gemeinderat beschließen wird und was auf Grund von Bundesgesetzen alles beschlossen werden muß.

Es wurde festgestellt, daß man keinen Überblick über die noch ausstehenden Belastungen bei begonnenen Bauvorhaben hat. Dazu ist es nur notwendig, die Zahlen des seinerzeitigen Beschlusses und die dazu genehmigten Bauraten zusammenzurechnen. Die Bauraten werden nicht willkürlich festgesetzt, sie tragen den vorhandenen Mitteln Rechnung, ferner der Kapazität der Bauwirtschaft und der Dringlichkeit des Projektes und den sich plötzlich ergebenden technischen Veränderungen.

Wertabschreibungen sind dort vorgesehen, wo es sich um Betriebe oder betriebsähnliche Verwaltungsgruppen handelt. Bei den Kindergärten und Schulen Wertabschreibungen vorzunehmen, wäre kaum sinnvoll.

Zum Wunsch nach einem mehrjährigen Finanzierungsplan: Der Bund hat zwar für die Jahre 1953 bis 1962 ein Zehn-Jahres-Investitionsprogramm beschlossen, das hat sich jedoch auf einige bestimmte Großbauvorhaben bezogen, für deren Durchführung separate Einnahmen gesichert werden mußten. Ein Versuch auf Erstellung eines langfristigen Bundesbudgets hat sich schon nach einem Jahr als unzweckmäßig herausgestellt.

Zu überlegen ist, wenn man von Kostendeckung spricht, wo wir eine soziale Aufgabe zu erfüllen haben, wo es Verpflichtung ist, dem Einzelnen zu helfen, wo eine kulturelle Aufgabe zu erfüllen ist. Dort werden wir die Kostendeckung nicht anstreben. Wo man eine Kostendeckung jedoch sozial und wirtschaftlich vertreten kann, dort haben wir sie anzustreben. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß die Ansätze bei einzelnen Sparten geringer sind, als im Jahr vorher. Wenn sich alles gleichmäßig entwickeln würde, wäre die Erstellung eines Budgets ja überflüssig. Die Verschiebungen im Budget ergeben sich jedoch aus der Dringlichkeit der einzelnen Vorhaben, die natürlich Veränderungen unterworfen ist.

Zum Straßenbau: Man kann doch nicht einerseits polemisieren, daß ständig eine große Zahl von Straßen aufgerissen ist, andererseits aber sagen, "laßt uns noch mehr bauen". Natürlich müssen auch die Verhandlungen mit dem Bund, um Übernahme der Kosten für einzelne Straßenbauten, ihre Auswirkung finden. Man soll aber in diesem Zusammenhang nicht Vergleiche anstellen, welche Beträge pro Kopf der Bevölkerung verbaut werden. Die Bedürfnisse sind doch in den einzelnen Städten oder Ländern ganz verschieden.

Zum Hochwasserschutz: Die Donau ist ein "Bundesgewässer". Bei Bundesgewässern ist es daher die Aufgabe des Bundes, für den Hochwasserschutz zu sorgen. Soweit jedoch über den Hochwasserschutz hinausgehende Projekte geplant sind, die städtebauliche Interessen betreffen, muß und wird dafür natürlich die Stadt Wien aufkommen.

Die Absiedlung von Betrieben aus Wien macht der Stadtverwaltung selbstverständlich Sorgen.

Man kann jedoch nicht sagen, daß diese Abseidlung durch das Fehlen wirtschaftsfördernder Maßnahmen erfolgt. In keinem Bundesland und in keiner Gemeinde gibt es so viele wirtschaftsfördernde Maßnahmen wie in Wien, das beweisen die vielen Kreditationen. Anders steht es bei der Grundbeschaffung. Es ist klar, daß es nicht nur ein Industriezentrum in Liesing geben sollte. Zur Beschaffung des notwendigen Grundes fehlen jedoch die gesetzlichen Voraussetzungen. Auch die Fragen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereiten Kopfzerbrechen, und der Gemeinderat hat daher beschlossen, gerade auf diesem Gebiet tiefgehende Forschungsarbeiten anstellen zu lassen.

Was an Planungsarbeiten notwendig war, wurde durchgeführt. Auch hierfür wurden immer die notwendigen Mittel aufgebracht. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, daß man Mittel einsparen könnte, würde man weniger Empfänge und ähnliches veranstalten, sei nicht im Interesse unserer Stadt. Wir freuen uns schließlich, daß Wien immer mehr zu einer beliebten Kongreßstadt geworden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Faktor "Reserven" wurde nicht übersehen. Die Reserven wurden auch noch nie zum Fenster hinausgeworfen, sondern stets für sehr dringende Aufgaben verwendet.

Die Absicht des Budgets für 1967 ist es, die Wirtschaftsentwicklung positiv zu beeinflussen. Die Vollbeschäftigung ist kein Naturgesetz, und wir tragen für ihre Aufrechterhaltung eine große Verantwortung.

In Wien wird sehr viel für die Zukunft geplant und gearbeitet: was auf dem Gebiet der Energieversorgung, der Kanalisation, der Wasserversorgung, des Schul-, Straßen- und Brückenbaues getan wird, ist alles Arbeit für die Zukunft.

Zum Problem Föderalismus: Wien hatte stets Verständnis für die Bedürfnisse der Republik. Aber Wien ist auch leidenschaftlich auf die Wahrung seiner autonomen Rechte bedacht. In diesem Punkt denkt Wien ebenso föderalistisch wie unsere Vorarlberger Freunde und ist bereit, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen, wenn seine Rechte angetastet werden. Auch unter der Koalitionsregierung hat Wien seine Rechte verteidigt.

Es wurde betont, wie viel der Bund in Wien tut. Dem gegenüber darf nicht übersehen werden, daß von den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die in Wien aufgebracht werden, nicht weniger als 1,5 Milliarden in die anderen Bundesländer fließen. Wir haben einen Finanzausgleich paktiert. Aber daneben bringt man immer wieder gleichsam noch andere Finanzausgleiche aufs Tapet, etwa auf dem Gebiet des Wasserbaus, der Landwirtschaftsförderung usw. Es ist keineswegs so, daß der Bund Wien etwas schenkt.

Großer Dank gebührt den Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die als lebende Rechenmaschinen Hervorragendes leisten. Wien hatte beispielsweise bei den Finanzausgleichsverhandlungen die besten Unterlagen, die nicht nur uns, sondern auch den anderen Städten und Bundesländern zugute kamen. (Allgemeiner Beifall).

Zur heutigen Debatte muß mit Bedauern festgestellt werden, daß wir das Zuhören verlernt haben, bei verschiedenen Äußerungen ungeduldig werden und durch Zwischenrufe wertvolle Gedanken versäumen. So kommt es, daß den Reden oft andere Absichten unter-schoben werden. Die Äußerungen von Landtagspräsident Dr. Stenmer wurden beispielsweise von den Sprechern der ÖVP- und der KLS-Fraktion ganz falsch interpretiert. Die junge Generation darf von der älteren nicht mißbraucht werden, denn ist sie die Hoffnung der Demokratie und der Republik.

Abschließend beantragte der Referent, die abgegebenen Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen und die Budgetansätze der Finanzverwaltung zu genehmigen.

In der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe II (Finanzen) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen und die Erinnerungen einstimmig den Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Die Budgetberatungen werden morgen, Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung des Voranschlages der Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) fortgesetzt. Referent ist Personalstadtrat Hans Book.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -